

Inhaltlicher Antrag

Antrag an die...

Initiator*innen: Ausschuss der Student*innenschaften

Titel: **Solidarisierung mit alternativen
Wohnraumkonzepten**

Antragstext

1 Der fzs solidarisiert sich mit allen bundesweiten, emanzipatorischen
2 Wohnprojekten, die durch ihr Bestehen dazu beitragen, dass insbesondere auch
3 viele Student*innen bezahlbarer Wohnraum möglich gemacht wird. Dieser Wohnraum
4 wird geschaffen unabhängig vom spekulativen Immobilienmarkt. Diese Form der
5 Wohnraumschaffung ermöglicht es, die Verwertungslogik von Wohnraum zumindest
6 teilweise auszuhebeln und die Wohnraumsituation zumindest punktuell zu
7 verbessern. Selbstverwalteter Wohnraum ermöglicht es, dass der Wohnraum den
8 Bedürfnissen der Bewohner*innen angepasst werden kann. Zusätzlich haben viele
9 Wohnprojekte den Anspruch Kultur und Soziales zu fördern sowie Netzwerke zu
10 bilden und auszubauen.

11 In Lüneburg ist ein Beispiel dafür das Wohnprojekt „Unfug – unabhängig,
12 frei und gemeinsam wohnen“, welches nach Mietshäusersyndikatsmodell 2017
13 gegründet wurde. Die Bewohner*innen haben dort günstigen, barrierearmen und
14 generationenübergreifenden Wohnraum geschaffen. Die Hansestadt Lüneburg droht
15 dem Projekt jedoch mit Räumung, weil dort Bauwagen zum Wohnen auf dem
16 Grundstück stehen. Gemeinden und Kommunen sollten jedoch solche Wohnprojekte
17 unterstützen, statt sie kaputt zu machen. Um dieser politischen Irrationalität
18 etwas entgegenzusetzen, solidarisiert sich der fzs mit dem Wohnprojekt "Unfug",
19 aber auch mit allen weiteren emanzipatorischen Wohnprojekten, deren Arbeit durch
20 die öffentliche Hand erschwert wird.

21 Das Wohnprojekt steht auch im Einklang mit den Forderungen des Positionspapiers
22 des fzs aus 2018 „Lernen am Limit“. Auch für Student*innen stellen die
23 Projekte eine Möglichkeit dar, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, welcher es
24 ermöglicht auch während großer Anforderungen in der Hochschule sich keinen

25 Stress bezüglich des eigenen Wohnraums machen zu müssen, da dieser
26 beispielsweise nicht von Vermieter*innen gekündigt werden kann. Das genannte
27 Projekt ist zwar nur ein Beispiel. Es steht jedoch auch stellvertretend für
28 alle anderen Wohnprojekte, die kreative Lösungen anstreben, um bezahlbaren
29 Wohnraum für alle bereit zu stellen. Gerade Kommunen, Städte und Gemeinden
30 sollten ein inhärentes Eigeninteresse daran haben Menschen dabei zu
31 unterstützen selbstverwalteten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, anstatt
32 innovative Lösungsansätze aktiv zu verhindern.

Begründung

s.o.